

Viktor Krieger

Verweigerung, Protest und Widerstand der Russlanddeutschen im Sowjetstaat (Teil 3)

Fortsetzung von VadW 3/2007

Unabhängige mennonitische Kooperative

Zu Beginn der 1920er Jahre war die bolschewistische Führung noch an Hilfe von ausländischen Organisationen zur Milderung der Hungersnot und an der wirtschaftlichen Genesung der darbedenden Landwirtschaft interessiert. Deshalb wurden auch die daraus entstandenen engen Beziehungen von einigen ethnischen und kirchlichen Gruppen zu ihren Landsleuten und Glaubensbrüdern in europäischen und nordamerikanischen Staaten eine Zeitlang geduldet.

Neben Überlegungen wirtschaftlicher Art spielte bei einigen höheren Parteivertretern auch die Hoffnung eine wichtige Rolle, dass gerade die "gesellschaftlich-kommunistische" Richtung der protestantischen "Sekten" – dazu gehörten neben den Mennoniten auch solche Freikirchen wie die Duchoboren, Molokanen, Baptisten, Adventisten u.a. – ihren Mitgliedern den Übergang zur angestrebten kommunistischen Ordnung erleichtern könnte. Vor allem die schon früher besser organisierten mennonitischen Gemeinden nutzten die Gunst der Stunde und erwirkten

die Gründung von eigenständigen landwirtschaftlichen Verbänden. Dabei handelte es sich um den "Landwirtschaftlichen Verband der Bürger Holländischer Herkunft in der Ukraine" (LVBHH, 1922-1926) und den "Allrussischen Mennonitischen Landwirtschaftlichen Verband" (AMLV, 1923-1928).

Die erste Vereinigung umfasste 1925 bereits 14.511 Bauernwirtschaften aus 173 Dorfsiedlungen, die in sieben Zweigstellen organisiert waren. Der Verwaltungssitz befand sich vorerst in der Siedlung Orloff an der Molotschna, der 1924 auf Druck der Regierung nach Charkow, der damaligen Hauptstadt der Ukrainischen Sowjetrepublik, verlegt werden musste. Der AMLV zählte zu Beginn des Jahres 1926 5.478 Wirtschaftshöfe in seinen Reihen oder 73% der 44.334 mennonitischen Bevölkerung, die in der Russischen Föderation lebten. Der Verband mit Hauptsitz in Moskau bestand aus 19 Zweigstellen, die die wichtigsten Siedlungsgebiete der Mennoniten repräsentierten: Kuban (Nordkaukasus), Omsk, Alexandertal (Samara), die Krim, Dawlekanowo (Baschkirien), Slawgorod, Pawlodar u.a.

Vor Ort entstanden zahlreiche Konsum- und andere Genossenschaften, die sich auf die Selektion von Saatgut, die Zucht von Rassevieh und auf intensive Bewirtschaftung des Bodens spezialisierten. Als eine der ersten unter den Bauern in der Sowjetunion setzten diese Genossenschaften Traktoren und andere moderne Technik ein, wobei fast jede Zweigstelle über eine oder mehrere Maschinen-genossenschaften und Mechanisatorenkurse verfügte. Man wollte ein integratives, den gesamten Produktionsprozess umfassendes Netz mennonitischer Genossenschaften aufbauen - von der Bestellung des Ackers über die Fertigung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in den eigenen Betrieben bis zum Absatz der Ware.

Neben den rein wirtschaftlichen Fragen standen auch kulturelle und gesellschaftliche Belange der Mitglieder im Vordergrund. Dazu gehörten nicht nur materielle Beihilfen für Lehrerschaft und Schulen sowie für weiterbildende Anstalten in den Kolonien. Die Verbände leisteten vielmehr auch rechtlichen Beistand bei Streitigkeiten der Genossenschaften oder einzelner Teilhaber mit den Behörden, u.a. in Bezug auf die Befreiung der wehrpflichtigen Jugend vom Militärdienst.

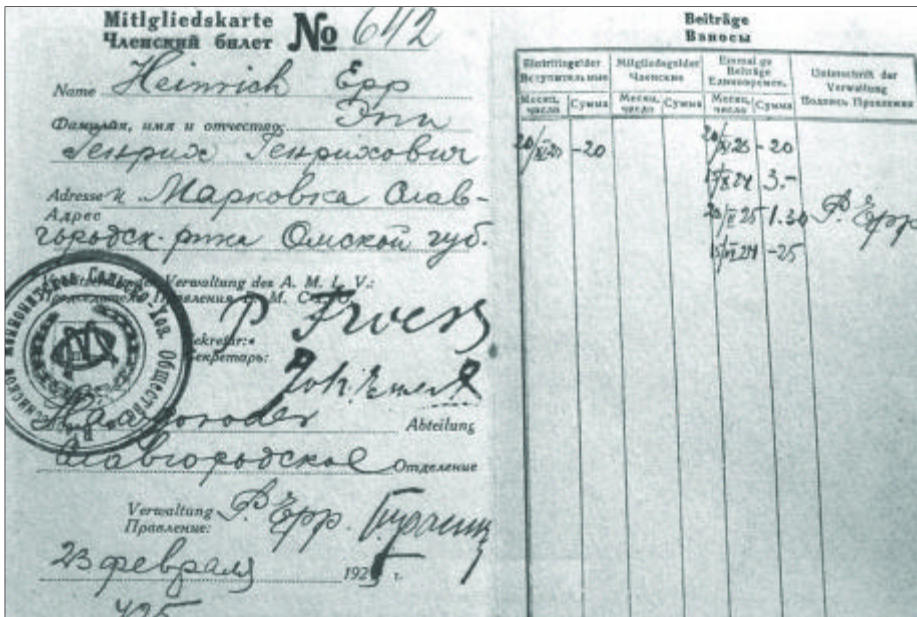
Ein anderes Betätigungsfeld war die Emigration; vor allem der LVBHH in der Ukraine organisierte planmäßige Auswanderungen von mehreren tausend Mennoniten, was in der ersten Hälfte der 1920er Jahre wenn auch nicht erwünscht, so doch legal war.

Die aktive Tätigkeit der Mennonitenverbände, ihre offensichtlichen ökonomischen Erfolge, die rationale Wirtschaftsweise, der Empfang von Hilfsgütern und Krediten aus dem Ausland, Kontakte zu den europäischen und nordamerikanischen Glaubensbrüdern machten die Gemeinden resistent für die Sowjetisierung und ideologische Vereinnahmung.

Sie waren dem Regime ein Dorn im Auge auf dem geplanten Weg zur totalen geistigen Kontrolle und wirtschaftlichen Abhängigkeit vom Staat. Von Seiten des Geheimdienstes OGPU, der örtlichen Sowjet- und Parteistellen wurden diese Vereinigungen als antisowjetisch diffamiert, des Spekulantentums beschuldigt und ihre Tätigkeit insgesamt als schädlich für die Sache des sozialistischen Aufbaus be-



Ausweis der Mitgliedschaft im "Landwirtschaftlichen Verband der Bürger Holländischer Herkunft in der Ukraine", ausgestellt auf den Namen von Isaak Schellenberg aus der Kolonie Ignatjewo unweit der Zentralsiedlung New-York im Gouvernement Ekaterinoslaw (zur Sowjetzeit Gouvernement bzw. Gebiet Donezk in der Ukraine). Isaak Schellenberg wurde 1931 "entkulakisiert", d.h. enteignet und in die Region Ural zwangsausgesiedelt. Am 31. Dezember 1937 wurde er in Nizhni Tagil (Gebiet Swerdlowsk) verhaftet und am 22. Oktober 1938 erschossen. Im Juli 1958 gerichtlich rehabilitiert.



Ausweis der Mitgliedschaft im "Allrussischen Mennonitischen Landwirtschaftlichen Verband" des Predigers Heinrich Epp aus dem Landkreis Slawgorod/Altaj (eine Zeitlang gehörte der Kreis Slawgorod zum Gouvernement Omsk). Die OGPU verhaftete ihn im Dezember 1929 und verbannte ihn im April 1930 zum ständigen Wohnsitz in den Hohen Norden, Region Turuchansk (wohin einst Stalin noch zur Zarenzeit verschickt wurde).

zeichnet. Intern gab man unumwunden zu, dass unter den Mennoniten die Partei praktisch keine Autorität besitze, die antireligiöse Propaganda ihr Ziel verfehle, die Jugend nicht dem Komsomol (Kommunistischer Jugendverband) beitrete und der solidarische Zusammenhalt der Gemeinden den Klassenkampf verhindere.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes des Allrussischen Verbandes, Peter Fröse, das Mitglied des Vorstandes, Cornelius Klassen, und der Sekretär Ewert (Vorname leider unbekannt) hatten sich zu einem mutigen Schritt entschlossen: In einer schriftlichen Stellungnahme vom 23. April 1926 widerlegten sie mit überzeugender Begründung und handfesten statistischen Angaben diesbezügliche Vorwürfe. Sie skizzierten eine Reihe von Bemühungen des Verbandes, ihren wenig wohlhabenden Mitgliedern behilflich zu sein sowie die rege Teilnahme der letzteren an den durchgeführten Maßnahmen und stellten abschließend mit einem leicht ironischen Unterton fest: "Wie Sie sehen, ist die Aktivität der Hauptmasse der mennonitischen Bauern sehr groß; diese Masse hat ihre Aufgaben erkannt, und Vermutungen, dass jemand ihre Aktivität paralisieren konnte, sind einfach merkwürdig." Selbstverständlich war es diesen Männern klar, dass es sich um die "Paralisierung" der bolschewistischen Aktivitäten handelte...

In dem sich verschärfenden innenpolitischen Klima gab es bald keinen Platz mehr für selbständige Organisationen, und sachliche Argumente zählten dabei immer weniger. Beide Zentralverbände

wurden 1926 (in der Ukraine) bzw. 1928 (Russische Föderation) aufgelöst und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den mennonitischen Siedlungen in das allgemeine Netz der vom Staat abhängigen Verbände eingegliedert.

Gleichzeitig verfügten die Behörden über die Liquidation einer Vielzahl von so genannten "Schein- oder Kulakengenossenschaften", weil sie angeblich nur aus wohlhabenden Bauern bestanden und den Zielen der sozialistischen Agrarordnung nicht entsprachen. Bereits 1928 kam es zu Verhaftungen und gerichtlichen Aburteilungen der aktiven Mitglieder vormaliger mennonitischer Genossenschaften; ihre Verfolgung dauerte mit jeweils unterschiedlicher Intensität über mehrere Jahre.

Bauernunruhen in den Umbruchsjahren

Seit Ende 1927 verfolgte das Stalinregime nachdrücklich die Abkehr von der Politik der begrenzten Marktwirtschaft: Dem Verbot des freien Getreidean- und -verkaufs folgten unter großem Zwang durchgeführte Beschaffungskampagnen, ein erhöhter Steuerdruck auf die so genannten Kulakenhöfe, die Bindung der Bauernhöfe an staatliche Vorgaben durch Kreditvergabe und bevorzugte Versorgung mit Saatgut und landwirtschaftlicher Gerätschaft.

Der Übergang - zwei Jahre später - zur endgültigen Zwangskollektivierung der bislang selbständigen Bauernhöfe und vor allem die mit großer Brutalität durchgeführten Deportationen der zu "Kula-

ken" abgestempelten Familien führten zu einer raschen Zunahme der aktiven Bauernproteste. Dabei kam es zu spontanen "Zusammenrottungen" von Dorfbewohnern, nicht selten von Frauen, die die Getreidespeicher plünderten oder ihr beschlagnahmtes Vieh aus den Kolchosstallungen zurückholten, den Abtransport der Kulakenfamilien verhinderten oder örtliche Aktivisten verprügelten. Vereinzelt weiteten sich solche kollektiven Proteste zu regelrechten Aufständen aus, die nur mit Hilfe der Militär- und OGPU-Einheiten niedergeschlagen werden konnten. Ähnlich wie in russischen oder ukrainischen Dörfern fanden in den deutschen Siedlungen so genannte Weiberaufzüge statt: Frauen galten im Sowjetstaat als unmündige und ferngesteuerte Wesen, auf die keine der für Männer vorgesehenen Terrormaßnahmen angewandt werden durfte.

So kamen am 28. Februar 1930 in der Siedlung Kandel, Bezirk Odessa, mehr als 200 Frauen zusammen, die sich um den Dorfrat sammelten und die Auflösung der Kollektivwirtschaft und die Rückgabe des "sozialisierten" Eigentums forderten. Zwei Tage später stürmten schon um die 600 Frauen den Verwaltungssitz und rissen alle politischen Losungen und Bildnisse der Sowjetführer von den Wänden. Gleichzeitig verlangten sie u.a. die Rückkehr der verschickten und arretierten Kulaken und die Wiedereinführung des Religionsunterrichts in der Schule.

Die Unruhen weiteten sich auf die benachbarten Kolonien Selz, Elsass und Mannheim aus; dort versuchten mehrere Dutzend Frauen die erst vor kurzem verhafteten und noch nicht überführten 20 Landsleute zu befreien, was ihnen allerdings nicht gelang. In Elsass wurden Kufeld, der Sekretär des Rayonexekutivkomitees, zusammengeschlagen und zwei Milizionäre entwapnet. Erst ein Wachmannstrupp von der Eisenbahn vermochte die Ordnung wiederherzustellen.

Infolgedessen verhaftete die Geheimpolizei 17 "Rädelsführer" in Kandel und Elsass und verhängte mehrjährige Freiheitsstrafen über sie.

Später versuchte Stalin solche Konflikte zu bagatellisieren, indem er über den Umstand sprach, dass es mit den Bäuerinnen anfänglich "ein kleines Missverständnis gegeben [habe] - um die Kuh".

Ähnliche Unruhen fanden auch auf der Krim, im Wolgagebiet, in Sibirien - kurzum überall dort statt, wo sich Siedlungsgebiete der Deutschen befanden. Insbesondere sei auf die massenhaften, in mehr als 30 Dörfern aufflammenden und mehrere Wochen dauernden Proteste der überwiegend katholischen Dörfer der

GESCHICHTE DER VOLKSGRUPPE

Kantone Kamenka und Frank in der Republik der Wolgadeutschen verwiesen, an denen auch Frauen aktiv teilnahmen.

In Marienfeld zeichnete sich der Aufruhr durch außerordentliche Härte und Entschlossenheit aus. Fast einen Monat lang, vom 26. Dezember 1929 bis zum 21. Januar 1930, war das Dorf unter Kontrolle der Aufständischen: Sie vertrieben den Dorfrat, die Miliz und die Parteimitglieder, lösten die Kolchose auf, forderten die Rückkehr der verschickten Landsleute und Neuwahlen der Dorfräte... Die Einwohner wehrten sich mehrere Male erfolgreich gegen Versuche der örtlichen Miliz, die Ortschaft wieder einzunehmen. Nur eine Spezialeinheit der OGPU konnte Herr der Lage werden. Mehr als 60 Bauern wurden zur gerichtlichen Verantwortung gezogen. Selbst das ZK der bolschewistischen Partei war ob dieses bemerkenswerten Ereignisses beunruhigt und verlangte vom Gebietspartei Komitee der Wolgarepublik einen ausführlichen Rechenschaftsbericht.

Der Geist des Widerstandes blieb auch in der Verbannung lebendig. Aus einem Bericht der Uraler OGPU: "Eine Gruppe von 20 Personen, lauter ehemalige Großgrundbesitzer und Kulaken mit entzogenem Stimmrecht von der Krim, größtenteils Deutsche, bildeten eine eigene Gemeinde der Verbannten und stellten eine Reihe von Forderungen auf: Man soll sie nämlich mit Brot versorgen, in warme Gegenden schicken und mit Land versorgen."

An der Station Turinsk, 260 km nördlich von Swerdlowsk, setzten sich diese Deutsche mit anderen Schicksalsgenossen,

darunter Tataren, Ukrainer und Kosaken, in Verbindung. Infolgedessen lehnten es 950 "Kolonisten" – so wurden im Jargon der Geheimpolizisten die Verbannten, egal welcher Nationalität, damals pauschal genannt – am 10. April 1930 entschieden ab, in ein entlegenes Forstrevier zu ziehen, um dort beim Holzschlag eingesetzt zu werden.

Die Verhaftung von etwa 100 Aktivisten durch die örtliche Geheimpolizei löste eine gewalttätige Erhebung aus. Die riesige Menschenmenge erzwang schließlich die Befreiung der Arretierten; in der Ortschaft fanden darauf zahlreiche Kundgebungen mit "antisowjetischen Sprüchen" statt. Die Unruhen dauerten eine Woche lang, bevor ein Operativtrupp der OGPU mit einer Militäreinheit die Lage unter ihre Kontrolle brachte. Die Verbannten wurden unter strenger Bewachung zu den vorgesehenen Forstrevieren abtransportiert.

Unter den 15 zum Tode verurteilten "Haupttätern" befanden sich Wilhelm Eisenbraun, Arthur Kaiser, Wilhelm Meister und Gottlieb Prinz.

Nach 1931 kam es kaum noch zu gewaltvollen Protestaktionen der Bauern. Zu perfekt funktionierte inzwischen der Terrorapparat, zu zermürbt waren die Dorfbewohner von der staatlichen Repressionspolitik. Anstelle eines aktiven Widerstandes traten eher passive Widerstandsformen ein; der Kolchosnik versuchte sich so gut wie möglich einzurichten und sich an das Unvermeidliche anzupassen, was allerdings durchaus nicht individuelle Proteste oder spontane Gruppenerhebungen ausschloss.

100 Jahre deutsche Ansiedlungen im Altai

Aufgrund der Kapriolen der Geschichte oder auch der Willkür der russischen Politik haben sich Tausende Deutsche aus dem Wolgagebiet und der Ukraine in den Jahren 1895-1912 auf Dauer in den Steppen der Altairegion bzw. in Sibirien niedergelassen. Die politischen Repressionen und die schrecklichen Folgen des II. Weltkrieges brachten weitere Tausende und Abertausende deportierte Deutsche nach Sibirien.

2008 feiert die Altairegion 100 Jahre deutscher Ansiedlung. Der Anfang im unbewohnten Sibirien war nicht eben leicht für unsere Vorfahren. Im Laufe von Jahrzehnten war das Leben immer wechselhaft - mit erfreulichen Höhen, aber auch entsetzlichen Tiefen.

Die Jahre der Hungersnot, der Entkulakisierung, des Terrors, der Kriegszeit und

der Trudarmee haben Entsetzliches in die Geschichte der Deutschen im Altai geschrieben. Auch die nachfolgenden Einschränkungen der Deutschen in der Bildung, in der Glaubensfrage, in der kulturellen Entwicklung und im Beruf haben Spuren hinterlassen, die Generationen überdauert haben.

Es gab aber auch viel Gutes in unserem Leben im Altai. Vor allem in den deutschen Kompaktsiedlungen entstanden blühende deutsche Wirtschaften, die dank dem außerordentlichen Fleiß der deutschen Kolchosbauern und Intellektuellen in der Sowjetunion beispielgebend für das ganze Land waren.

Eine Gruppe von Deutschen aus Russland, denen ihre Heimat Altai am Herzen liegt, hat sich vorgenommen, das 100-jährige Jubiläum auch in Deutschland zu begehen. Es werden gezielt Vorschläge

Gedenkstätte Jurga, Sibirien

Seit vier Jahren verfolgt Volk auf dem Weg die Errichtung einer Gedenkstätte für die in der westsibirischen Stadt Jurga begrabenen Deutschen. Der Initiator der Aktion, Josef Zerr, wendet sich jetzt an seine Landsleute mit folgendem Appell:

Liebe Landsleute aus Jurga!

Nach jahrelangen Bemühungen und zahlreichen Behördengängen wurde ab 2007 die Deutsche Gedenkstätte (der deutsche Friedhof) in Jurga unter staatlichen Schutz gestellt. Die entsprechenden Unterlagen wurden von der Gebietsverwaltung Kemerowo unterschrieben und sind in Kraft getreten.

Herzlichen Dank allen Jurga-Leuten, die zum Aufbau der Gedenkstätte beigetragen haben! Die nächste Aufgabe ist eine würdige Pflege.

Ich bitte euch als Zeichen eurer Verbundenheit mit euren in Jurga viel zu früh verstorbenen Verwandten und Bekannten möglichst viele Kränze niederzulegen. Bittet Bekannte, die nach Jurga fahren, das für euch zu erledigen, oder sucht nach anderen Möglichkeiten.

Für die Pflege der Gedenkstätte in Jurga sind zuständig: Gerhard Dickau, Tel.: 007-38451-53585, und Anna Jaroslawskaja, Tel.: 007-48451-53722.

**Josef Zerr, Hannover,
Tel.: 0511-5498075**

für Deutschland und die Altairegion ausgearbeitet, um das Datum und die Problematik der Deutschen im Altai in den Mittelpunkt zu rücken.

Am 5. April 2008 präsentieren sich die Plattdeutschen aus dem Altai mit einem attraktiven Kulturprogramm. Maria Bill schlägt ein Musikfestival "Spiel, Harmonika, spiel" zur Erinnerung an das Jubiläum vor. Es ist vorgesehen, Film- und Fotomaterialien zu sammeln, die die Leistungen der Deutschen im Altai darstellen, Ausstellungen von Künstlern sowie Treffen von Kulturschaffenden und Historikern zu organisieren, die sich mit der Geschichte der Deutschen im Altai bzw. in Sibirien beschäftigen, und in den Medien durch Berichte auf das Jubiläum aufmerksam zu machen. Auch eine Reise in die Altairegion ist geplant, wo sich Interessenten in Kooperation mit den dortigen Zuständigen an den Feierlichkeiten beteiligen werden.

Ausführlicher können Sie sich über dieses Thema unter www.opplautdietsch.de oder www.orlowo.net informieren.

**Tatjana Klassner, Warendorf
Tel.: 02581-634487**